

Sitzung des Gemeinderats vom 30.01.2013:

Wasserpreis und Klimapakt im Fokus

In seiner ersten Sitzung in 2013 stellt der Gemeinderat die Weichen für zwei wichtige Themen. Mit der **Unterzeichnung des Klimapaktes** verpflichtet sich die Gemeinde zukünftig bei allen Entscheidungen die klimatischen Auswirkungen zu berücksichtigen. Mit der aktiven Teilnahme an der vom Innenministerium angestoßenen **Diskussion zur landesweiten Gestaltung der Wasserpreise** bezieht der Schöffenrat klar Stellung.

Bürgermeister Nicolas WELSCH (DP) eröffnet die Sitzung mit einem Rückblick auf die wesentlichen Ereignisse des vergangenen Monats. Neben dem Neujahrsempfang für das Gemeindepersonal war dies die Generalversammlung des Feuerwehr- und Rettungsdienstes am 20.01. Ein besonderer Dank geht an die Gemeindearbeiter für den unermüdlichen Einsatz bei der Schneeräumung in den letzten Wochen. Die Auftragsvergabe an die Firmen zur Sanierung des Gemeindehauses ist erfolgt und die Arbeiten werden in den nächsten Wochen beginnen.

Im Anschluss erinnert er nochmals an die **Bürgerversammlung** am 07.02.2013 um 19.30 Uhr im Kulturzentrum. Dort wird der Schöffenrat eine Bilanz seiner politischen Arbeit in 2012 ziehen sowie die Planung 2013 vorstellen. Zwei weitere Termine sind die Aschenfeier für die Renovierung der Kirche am 17.04. in Anwesenheit von Ministerin MODERT und des Erzbischofs HOLLERICH. Die Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag finden am 23.06. statt.

Pro und contra Einheitspreis beim Wasser

Bürgermeister Nicolas WELSCH (DP) erläutert zunächst die Hintergründe der aktuellen Diskussion: Die EU fordert mittels einer Direktive aus dem Jahr 2000 die Einführung eines kostendeckenden Wasserpreises. 2008 trat daraufhin in Luxemburg das Gesetz über Preise von Wasser und Abwasser in Kraft, was in der Folge zu teilweise starken Erhöhungen des Wasserpreises geführt hat. De facto gibt es in Luxemburg bedeutende Preisunterschiede zwischen den Gemeinden, bedingt durch die unterschiedliche Bevölkerungsdichte.

Nach der aktuellen Gesetzeslage liegt die Autonomie zur Festlegung des Wasserpreises bei den Gemeinden. Schuttrange gehört zu den 37 Gemeinden, die bereits Anfang 2011 einen Beschluss über eine harmonisierte Preisgestaltung getroffen haben. Dieser berücksichtigt sowohl geografische Besonderheiten wie eigene Quellen, die Bevölkerungsdichte und differenziert nach Sektoren und fixen und variablen Kosten.

Die politische Diskussion dreht sich um die Alternative eines landesweiten „Einheitspreises“ für Wasser und Abwasser. Für die Umsetzung eines Einheitspreises stellt Innenminister Jean-Marie Halsdorf mehrere Alternativen zur Auswahl: die Verstaatlichung der Wasserversorgung, die kommunale Wasserverwaltung durch ein privatwirtschaftliches

Unternehmen oder durch ein öffentlich-rechtliches Unternehmen, die Installierung eines nationalen Wassersyndikates oder die Umlage der Kosten durch einen Kompensationsfonds.

In einem Rundschreiben hat er alle Gemeinden aufgefordert bis zum 28.02. ihre Stellungnahme abzugeben zu den alternativen Szenarien zur Gestaltung des zukünftigen Wasserpreises. Es werden Antworten erwartet auf folgende Fragen: Sind Sie für die Einführung eines einheitlichen Wasserpreises? Sind Sie für die Einführung eines progressiven Einheitstarifs? Soll es sektoriell unterschiedliche Tarife geben und wenn ja welche? Wie sollen ggfs. soziale Kriterien berücksichtigt werden? **Bürgermeister Nicolas WELSCH (DP)** fordert alle im Gemeinderat vertretenen Parteien auf, hierzu Stellung zu beziehen.

Rat Jim RONK als Vertreter der DP spricht sich gegen die Einführung eines Einheitspreises aus, der unweigerlich zu einer weiteren Gebührenerhöhung für die Bürger der Gemeinde Schuttrange führen wird. Es sei nicht hinnehmbar, dass 89% der Bürger des Landes höhere Gebühren tragen müssten, damit 11% in ländlichen Regionen weniger zahlen müssten, so **RONK**. Eine regionale Angleichung der Immobilienpreise fände schließlich auch nicht statt. Zudem seien die Bürger über Steuererhöhungen und sonstige Abgabenerhöhungen schon ausreichend belastet.

Rat Marc LAMESCH als Vertreter der Schëtter Bierger schließt sich der Argumentation seines Vorredners an. Die Autonomie über den Wasserpreis müsse in kommunaler Hand bleiben. Statt Verstaatlichung fordert er politische Weitsicht der handelnden Akteure vor dem Hintergrund, das Wasser auch hierzulande ein knappes Gut ist. Es sollte besser darüber nachgedacht werden, welche Maßnahmen zum ressourcenschonenden Umgang mit Wasser eventuell subventioniert werden könnten. **Schöffe Jean-Paul JOST (SB)** fügt ergänzend hinzu, dass neben dem Preis auch das Thema Dienstleistungsqualität berücksichtigt werden muss. Bei einer Privatisierung oder Verstaatlichung des Wassernetzes könne der seitens der Gemeinde garantierte hohe Dienstleistungsstandard beim Unterhalt der Leitungen nicht mehr sicher gestellt werden.

Rat Jean-Marie ALTMANN als Vertreter der LSAP befürwortet landesweit gültige gestaffelte Preise: der Grundbedarf der Bürger sollte über moderate Fixpreise gedeckt werden, wer mehr verbraucht als der Durchschnitt soll über höhere Preise sanktioniert werden.

Rat Jérôme LEHNERTZ als Vertreter der CSV sieht den Einheitspreis ebenfalls sehr kritisch. Er schlägt vor, die Umweltkommission zu diesem Thema um eine Stellungnahme zu bitten.

Bürgermeister Nicolas WELSCH (DP) fasst den klaren Trend aller Parteien gegen einen landesweiten Einheitspreis zusammen. Der Schöffenrat wird bis zur nächsten Sitzung einen Textentwurf zur Weitergabe ans Ministerium erstellen.

Klimapakt unterzeichnet

Der Klimapakt wurde bereits unterschrieben und bedarf noch der formellen Zustimmung des Gemeinderats. Diese erfolgt einstimmig. **Bürgermeister Nicolas WELSCH (DP)** erläutert in diesem Zusammenhang nochmals die wesentlichen Verpflichtungen und Maßnahmen, die sich für die Gemeinde ergeben: Im ersten Schritt muss ein „**Klima-Team**“ in der Gemeinde benannt werden. Der Vorschlag des Schöffenrats zur Besetzung dieses Teams ist wie folgt: 4 Vertreter des Gemeinderats als Repräsentanten der jeweiligen Fraktionen, ein Vertreter der Gemeinde, zwei Vertreter des ortsansässigen Handels und der Industrie, 4 Vertreter der

Bürger sowie ein externer Klimaberater. Die Bürgervertreter sollen über einen öffentlichen Aufruf gefunden werden, wobei die Kandidaten Sachkenntnis in Klimabelangen haben müssen. Der Schöffenrat selber behält sich das Recht vor jederzeit an den Sitzungen des Klima Teams teilzunehmen.

Jeder Gemeinde stehen im Rahmen des Klimapaktes 25 Beratungstage durch den externen Klimaberater zu. Die fünf SIAS Gemeinden und Weiler la Tour möchten beantragen, den gleichen Klimaberater zu bekommen, um so in den maximalen Genuss der Beratung zu kommen. Alternativ wird geprüft, ob die SIAS selber den Klimaberater einstellen kann.

Staatlicherseits werden die Aktivitäten im Rahmen des Klimapaktes mit 10.000 Euro p.a. subventioniert zur Deckung der Verwaltungskosten. Je nach Kategorie der Zertifizierung werden dann 15, 25 respektive 35 Euro pro Einwohner Zuschuss bezahlt zur Erzielung der gesetzten Ziele. Diese Beträge reduzieren sich von Jahr zu Jahr.

Im zweiten Schritt muss mit dem Klima Team ein **Arbeitsprogramm** ausgearbeitet und terminiert werden. **Schöffe Jean-Paul JOST (SB)** erläutert welche Bereiche durch den Klimapakt tangiert werden. Der umfangreiche Maßnahmenkatalog umfasst unter anderem die kommunale Entwicklungsplanung, Mobilitätskonzepte, Verpflichtungen von Grundstückseigentümern, das Bautenreglement, sowie das Energie- und Wassermanagement von öffentlichen Gebäuden. Er betont dass sich alle darüber im Klaren sein müssten, dass der Klimapakt einen Mentalitätswandel erfordert. In allen Wahlprogrammen der im Gemeinderat vertretenen Parteien sei dies auch so festgeschrieben.

Kinder und Jugend

Die Konventionen für den Betrieb des Maison Relais und des Jugendhauses werden ebenfalls einstimmig genehmigt. **Schöffe Jean-Paul JOST (SB)** erläutert die prozeduralen Änderungen gegenüber dem Vorjahr bei der Konvention des Maison Relais. Aus Gründen der Verrechnung der TVA wird der Vertrag mit der Caritas als Betreiber des Maison Relais jetzt direkt zwischen dem Familienministerium und der Caritas abgeschlossen. Die staatlichen Subsidien fließen dann auch direkt an die Caritas und nicht wie bisher über die Gemeinde. Inhaltlich bleibt die Konvention unverändert.

Schöffe Jean-Pierre KAUFFMANN (DP) betont die gute Akzeptanz des Jugendhauses, das zu je 50% vom Staat und der Gemeinde finanziert wird. Jugendliche von 12-26 Jahren werden dort von ausgebildeten Betreuern betreut, die sich regelmäßigen Fortbildungen unterziehen müssen.

Für die Nutzung des Schulhofs, der Spielplätze, des Mini-Stade und des Skate-Parks wurden **verbindliche Regeln** aufgestellt und einstimmig genehmigt. **Schöffe Jean-Pierre KAUFFMANN (DP)** erläutert die Regularien im Detail und betont, dass damit ein Ordnungsrahmen geschaffen wird, der auch entsprechende Sanktionen bei Nicht-Beachtung ermöglicht.

Sonstiges

Nach detaillierten Erläuterungen durch **Schöffe Jean-Paul JOST (SB)** wird der Bebauungsplan für ein Bauprojekt in der „Rue de la Montagne“ in Uebersyren genehmigt (Einfamilienhaus + Appartementhaus mit acht Appartements).